

# Das Fachschulwesen

im Buchdruckgewerbe Typographische Mitteilungen, Heft 2

## Vorstandssitzung des Reichsvereins der Lehrer für die graphischen Gewerbe

Die Erledigung geschäftlicher Vereinsangelegenheiten und die Stellungnahme zu wichtigen Berufs- und Fachschulfragen waren der Anlaß zu einer Sitzung des Vorstandes des Reichsvereins der Lehrer für die graphischen Gewerbe, die am 3. und 4. Januar 1931 in Leipzig stattfand. An ihr nahmen alle Vorstandsmitglieder teil. Zur Verhandlung standen folgende Punkte: 1. Geschäftsbericht; 2. Einberufung der Dritten Fachschullehrertagung; 3. Beratung der Lehr- und Lernmittel für den Berufsschulunterricht; 4. Die geplante Erweiterung der gesetzlichen Schulpflicht; 5. Die nächsten Aufgaben des Reichsvereins der Lehrer für die graphischen Gewerbe; 6. Verschiedenes.

Der Geschäftsbericht des Vorsitzenden wie auch der Geschäftsstelle in Berlin zeugte von rühriger Tätigkeit im Reichsverein. Der Vorstand war in erster Linie bemüht, die zwei Hauptforderungen der im Mai 1928 in Köln abgehaltenen Zweiten Fachschullehrertagung zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen. Die Forderungen betrafen in erster Linie die Herausgabe von Richtlinien für das Prüfungswesen im Buchdruckgewerbe und dann die Herausgabe von Lehr- und Lernmitteln für die graphischen Berufsschulen.

Für die Bearbeitung der Richtlinien war von der Kölner Tagung ein Ausschuß gewählt worden, der unter tatkräftiger Führung des Vorsitzenden umfangreiches Material für die Lehrlingsprüfungen zusammentrug. Das Material wurde wieder von einem engeren Ausschuß gesichtet und dann vom Vorsitzenden zu Richtlinien zusammengestellt, die am 5. Oktober 1929 zur Begutachtung den wirtschaftlichen Verbänden, dem Verband der Deutschen Buchdrucker und dem Deutschen Buchdrucker-Verein, zugeleitet wurden. Obwohl der Vorstand des Reichsvereins wiederholt an die gemeinsame Durchberatung der Richtlinien erinnerte, ist aber bis jetzt nichts erfolgt. Diese Hinauszögerung einer mit vieler Mühe vorbereiteten Arbeit befremdete in der Sitzung um so mehr, als aus dem vorgelegten Schriftwechsel hervorging, daß ein lebhaftes Verlangen nach diesen Richtlinien in den Berufskreisen besteht. Recht eigenartig berührte es, daß der Entwurf des Reichsvereins bereits zur Herausgabe eigener Richtlinien benutzt wurde, ohne daß die Herausgeber den Reichsverein als Urheber des Planes benannten. Wenn auch durch diese Benutzung die Brauchbarkeit der Richtlinien erwiesen wurde, so wäre doch eine gegenseitige vorherige Verständigung der Sache dienlicher gewesen. Der Vorstand wird die Richtlinien nicht fallen lassen, sondern sich um ihre baldige Einführung weiter bemühen.

Die Lehr- und Lernmittel wurden ebenfalls unter Führung des Vorsitzenden von einem engeren Ausschuß vorbereitet. Auch hier war eine beträchtliche Vorarbeit zu leisten, die viel Mühe und Zeit beanspruchte. Der durch den allgemeinen Rückgang der Schülerzahl und durch Sparmaßnahmen erfolgte Abbau der Berufsschulen führte besonders in Thüringen und Preußen zur Einschränkung des nebenamtlichen Unterrichts und zur verminderten Einstellung hauptamtlicher Lehrkräfte. In zahlreichen Fällen wurde der Vorstand um Eintreten für die Interessen der Lehrerschaft gebeten. Vielfache Anfragen betrafen dann noch die Einrichtung von Schulwerkstätten und die Aufstellung von Lehr- und Stoffplänen. Auskünfte wurden weiter verlangt über die Grundlagen zur Gewerbelehrer-Ausbildung, die Erteilung des nebenamtlichen Fachunterrichts und andere Schulangelegenheiten. Diese Anfragen veranlaßten den Vorstand, sich mit Eingaben an die Behörden zu wenden und mit den wirtschaftlichen

Organisationen in Verbindung zu treten. Der Vorstand nahm auch wiederholt an wichtigen Tagungen der wirtschaftlichen Verbände und des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker teil, die sich mit Fachschul- und Lehrlingsfragen befaßten.

In der Fachschulbeilage, die einen Teil der »Typographischen Mitteilungen« bildet, wurden all diese Fragen eingehend behandelt. Durch Mitteilung praktischer Erfahrungen und durch Stellungnahme zu den Zeitfragen der Berufsschulen wurden die Leser der Fachschulbeilage über die wichtigsten Vorgänge im Berufsschulwesen unterrichtet. In der letzten Zeit bezogen sich mehrere Artikel auf die Einführung des neunten Schuljahres und dessen Angliederung an die Berufsschulen. Ebenso wurde zu dem Berufsausbildungsgesetz mehrfach in der Fachschulbeilage Stellung genommen. Mitteilungen aus den Prüfungsausschüssen und die teilweise Wiedergabe von Ergebnissen der Prüfungen bereicherten den Inhalt.

Der Bericht des Kassierers zeigte einen befriedigenden Stand der Kasse. Der Mitgliederstand ging seit 1929 um 31 Mitglieder zurück. Bedingt war dieser Rückgang in der Hauptsache durch Austritte abgebauter nebenamtlicher Lehrkräfte sowie durch Berufswechsel, ferner durch den Tod von drei Mitgliedern. Dem Rückgang standen 20 Neueintritte gegenüber, so daß sich Ende 1930 ein Mitgliederstand von 196 ergab.

Die Einberufung einer Dritten Fachschullehrertagung wurde als notwendig bezeichnet. Besonders drängen die schon im Bericht angeführten Zeitfragen zu einer Behandlung und eingehenden Aussprache durch die Mitglieder des Reichsvereins. Dazu kommt die allgemeine Notlage der Berufsschulen, die oft eine für den Unterricht sich nachteilig auswirkende Umstellung erfordert. Auch die immer noch nicht zufriedenstellend gelöste Ausbildung der Gewerbelehrer, die Stellung der nebenamtlichen Fachlehrer sowie die Beschäftigung von Fachleuten als Werkmeister in den Schulen sind Fragen, die der baldigen Klärung bedürfen. So sehr die Gründe zur Einberufung der Tagung anerkannt wurden, war der Vorstand doch der Meinung, daß in diesem Jahre aus wirtschaftlichen Gründen von ihr abgesehen werden soll. Nach längerer Beratung, in der auch die Frage der Verbindung dieser Tagung mit dem Siebenten Vertretertag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, der zu Ende August 1931 nach Erfurt einberufen ist, erwogen wurde, war sich der Vorstand darin einig, die Dritte Fachschullehrerkonferenz für Pfingsten 1932 vorzubereiten. Als Tagungsort wurde Nürnberg in Aussicht genommen. Die Mitglieder sollen rechtzeitig mit der Tagesordnung bekannt gemacht werden, damit sie sich hinreichend mit dem Stoff beschäftigen können.

Den größten Teil der Sitzung nahm die Lehr- und Lernmittelfrage ein. Im Bericht des Vorstandes wurde schon darauf hingewiesen, daß durch die Verschiedenheit der Schuleinrichtungen und durch die aufs äußerste begrenzte Stundenzahl des Fachunterrichts, ferner durch das verschiedenartige Schüler- und Lehrermaterial die Ausarbeitung der Lehr- und Lernmittel sehr schwierig ist. Bei der Aufstellung und Bearbeitung der Lehrmittel müssen viele Wünsche berücksichtigt werden, um allen Anforderungen zu genügen. Besondere Nachfrage bestand nach Lehrmitteln für den Satz-, Druck- und Zeichenunterricht. In der Sitzung wurde eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die teilweise durch ein umfangreiches Anschauungsmaterial begründet wurden. Wert wurde darauf gelegt, daß das Lehr- und Lernmaterial nicht nur ein Schlüssel für die Lehrer sein soll, sondern die Schüler selbst sollen Material in die Hände bekommen, das für sie von dauerndem Wert ist. Erfreulicherweise ergab sich aus den Verhandlungen, daß die Vorbereitung für eine Anzahl von Lehr- und Lernmitteln bereits so weit vorgeschritten ist, daß sie schon in nächster Zeit herausgegeben werden können.

Die besonders von Preußen geplante Einführung des neunten Schuljahres brachte ebenfalls eine längere Aussprache, in der vor allem die Schwierigkeiten der Einführung nicht übersehen wurden. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß heute noch 20 Prozent der Grundschulen einen sechsstufigen Aufbau haben. Ferner machte er auch auf die wirtschaftlichen Auswirkungen aufmerksam, die die Einführung des neunten Schuljahres für die Eltern der armen Bevölkerung mit sich bringt. Es wurde auch